

29. JAN 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 213 31 - 33
Fernschreiber 0 896 890

P/XV/24 - 29. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Marschrichtung Regierungsbank
Zum Parteitag der SPD

70

3 - 4

Auch ein "Akademischer Dienst"
Peinliches Nachspiel zum Besuch britischer Studenten
in der Bundesrepublik

59

5

Gebietsreform in der Tschechoslowakei
Historische Ländergrenzen wurden beseitigt

44

6 - 7

Das COMECON und China
Die Rolle Pekings im Wirtschaftssystem des Ostblocks

94

* * * *
* * *

Marschrichtung Regierungsbank

sp - "Glauben Sie bitte nicht, daß die Entscheidung bereits zu Gunsten einer Bundeskoalition mit der CDU/CSU gefallen ist", warnte ein bekannter FDP-Politiker aus einem Lande nördlich der Main-Linie. Daß er diese Warnung für nötig hielt, obwohl eine solche Entscheidung nach Lage der Dinge natürlich noch gar nicht gefallen sein konnte, mag als ein Symptom für das Klima gewertet werden, in dem der XI. Bundestag der FDP in Stuttgart stattfand, oder vielleicht auch nur stattzufinden schien. Wenn dieser Eindruck also falsch war, dann liegt die Schuld zweifellos bei den-jenigen FDP-Sprechern, die bereits geraume Zeit vor Stuttgart und auch in Stuttgart selbst die Parole von der Bereitschaft und dem Willen der FDP verkündeten, nicht mehr länger "draußen vor der Regierungstür" zu stehen, Sie wollen endlich auch im Bunde wieder in die Regierungskoalition und in das Regierungskabinett einziehen.

Kein Zweifel, daß der maßgebendste und, seit Stuttgart, auch potenteste Träger dieses Kurses der neue und mit so großer Mehrheit gewählte Bundesvorsitzende der FDP selbst ist. Der 44-jährige Dr. Erich Mende hat schon vor dem Parteitag häufig seine These von der Bereitschaft zur Koalitionsbeteiligung in Bonn verkündet, und er wiederholte sie auch in Stuttgart. Man wird also einzukalkulieren haben, daß die jetzt von Dr. Mende geführte FDP bemüht sein wird, diese Absicht auch zu verwirklichen, wenn - und das ist allerdings zunächst einmal die unumgängliche Voraussetzung - ihr "Nahziel" für 1961 Faktum werden sollte, in den Bundestagswahlen so stark zu werden, daß "ohne oder gegen die FDP nicht regiert" werden könnte.

Eine Partei, die im Jahre 1957 gerade 7,5 v.H. der Wählerstimmen in ihre Scheuern bringen konnte, wird sich zur Erreichung dieses Ziels, allerdings in jeder Beziehung, heftig anstrengen müssen und nicht nur mit einem erhofft zwangsläufigen Weitergang eines Aufwärts-Trends rechnen dürfen, auf den man in der FDP-Führung etwas zu zufrieden hinweist. Der in Stuttgart zum Ehrenpräsidenten gewählte Dr. Reinhold Meyer machte auch für das sogenannte Kernland der Freien Demokraten, für Baden-Württemberg, auf die irriige Meinung aufmerksam, es flögen den Liberalen hier die gebratenen Tauben ins Maul.

Die FDP wird sich also um Dr. Erick Mende, der sich in Stuttgart seines kämpferischen Elans rühnte, auch noch eine Mannschaft aufbauen müssen, die dem vor und in Stuttgart so, man möchte beinahe sagen, gesunderoterisch vorgetragenen Wunschbegriff von der "Geschlossenheit" der FDP auch den nötigen Inhalt geben kann. Das von Dr. Mende verkündete Programm wird auch noch gestrafft, konturiert und verwesentlich werden müssen, ehe es die von der FDP erhoffte Anziehungskraft bekommen kann. Eine Distanzierung in diesem Bereich von der CDU und in jenem Bereich von der SPD ist allein zu wenig, und auch die heute nur noch leicht arrogant klingende Behauptung, daß nur am liberalen Wesen die deutsche Welt genesen könnte, ist alles andere als ein Zugpferd.

Für den von der FDP erwarteten erfolgreichen Ausgang ihres Stuttgarter Regierungsbeteiligungs-Planspiels werden also mehr Voraussetzungen erfüllt werden müssen, als bloß ein Wahlstimmen-Mehr von einiger Prozenten. Die FDP hat sich auch selbst noch einige Hürden, zumindest für den Fall einer Koalition mit der CDU/CSU, aufgebaut, die auch dann zu überspringen sein werden, wenn die CDU/CSU ihrerseits zu einer neuen Bonner Regierungskoalition mit der FDP bereit sein würde. Die FDP will, so sagte Dr. Mende, weder mit einer CDU/CSU koalieren, die weiter die absolute Mehrheit haben sollte, noch mit Adenauer.

So stehen also für die FDP noch sehr viele unbekannte Größen in dem Raum zwischen Stuttgart vom Januar 1960 und Bonn vom Herbst 1961. In dieser Zeit wird die FDP mehr die Nerven behalten müssen, um ihrem von Mende zum Ausdruck gebrachten Trend zur Regierungsbank nicht vorzeitig selbst zum Opfer zu fallen. Sie wird also noch erheblich mehr Schwung in ihre Parteilisten und in ihr Parteilieben hineinpumpen müssen.

Wenn der Alt-Schwabe Dr. Reinhold Meyer in seiner mit viel Lokalkolorit ausgeschmückten Begrüßungsrede davon sprach, daß es in Stuttgart so ruhig sei, daß weder in die "Eiederhalle" hinein noch aus ihr hinaus Lärm dringe, so mußte man das am Ende des Parteitages, der eben in dieser "Eiederhalle" stattfand, als eine Selbstpersiflage der FDP ansehen, allieweil von einem solchen "Lärm", hinein oder hinaus, auf ihrem Parteitag doch herzlich wenig zu merken gewesen ist.

29. Januar 1960

Auch ein "Akademischer Dienst"

U.D. - Mitte Januar weilte eine offizielle Delegation des Britischen Studentenverbandes in der Bundesrepublik und besuchte u.a. Universitäten in Hamburg, Berlin, Göttingen, Frankfurt am Main und Bonn. Es konnte nicht ausbleiben, daß die englischen Gäste ihr Interesse auch für in jenen Tagen dem Höhepunkt zustrebenden antisemitischen Schmierkampagne zuwandten und ihren deutschen Gesprächspartnern höfliche Fragen stellten.

So war es geradezu selbstverständlich, daß beim Abschiedsempfang in Bonn die deutschen Gastgeber, vertreten durch den Vorsitzenden des Verbands Deutscher Studentenschaften, Manfred Lennings, zu den aktuellen Fragen Stellung bezogen. Lennings ließ es in seinen Ausführungen nicht bei einer wohlfeilen Distanzierung, sondern ging in aller Offenheit auch auf Hintergründe und Begleitumstände ein. Er beklagte den Mangel an politischer Erziehung an Schulen und Hochschulen und forderte, daß politische Bildung im weitesten Sinne nicht isoliert, sondern in allen Fächern verwirklicht werden müsse.

Zu denjenigen Faktoren, die das Verdrängen des Hitler-Erlebnisses begünstigt hätten, sagte der VDS-Vorsitzende: "Leider sitzen heute Leute in leitenden Stellungen unseres Staates und des öffentlichen Lebens, die im Dritten Reich persönlich stark engagiert waren. Unsere junge Demokratie kann keine derartigen Hypotheken auf sich nehmen, wenn sie sich zu einem vertrauensvollen internationalen Partner entwickeln soll."

Ohne Namen zu nennen, hatte er damit eines der Kernprobleme dieser Wochen angesprochen, vor dem die Zeitungen des In- und Auslandes voll sind. Eine in Bonn erscheinende, der Bundesregierung politisch nahe- stehende Korrespondenz, der "Akademische Dienst", kommentierte das Folgendermaßen:

"Diese Darlegungen sind bei Politikern aller (? d.Red.) Parteien auf starkes Befremden gestoßen; der VDS-Vorsitzer habe gerade vor britischen Studentenvertretern den Ausschreitungen eine falsche politische Deutung gegeben,

die dem deutschen Interesse außerordentlich abträglich ist. Insbesondere wird die Frage gestellt, welche Gründe den VDS-Vorsitzenden dazu veranlaßt haben mögen, die zum Zeitpunkt seiner Rede längst bekannten Erkenntnisse über den Hintergrund der Ausschreitungen zu übergangen... Selbst auf sozialdemokratischer Seite (!) stieß die Form auf Kritik, in welcher Jennings vor Ausländern die Führung des eigenen Landes herabgesetzt hatte."

Ein interessanter Kommentar. Da wird wieder einmal ein sattnam bekannte Satz vom "Nicht-das-eigene-Nest-beschmutzen" mißbräuchlich auf die gezielt, die den Schmutz aus dem Hause bringen wollen statt auf jene, denen er am Stiefel klebt. Statt vor der eigenen Tür zu kehren, hätte der Vorsitzende der deutschen Studentenschaften also auf "die Kommunisten" verweisen und es den Engländern im übrigen selbst überlassen sollen, sich ihr Teil zu denken. Das wäre denen angesichts der umfangreichen Erörterungen in der englischen Presse auch nicht schwergefallen, nur hätten sie sich vermutlich über die Fähigkeiten ihrer deutschen Kommilitonen, politisch zu urteilen, ihren eigenen Vers gemacht.

Es gereicht dem Verband Deutscher Studentenschaften zur Ehre, nicht mit zweierlei Zungenschlag gesprochen zu haben. Daß der "Akademische Dienst" diese Ansicht nicht teilt, kann man bedauern, ist aber letztlich seine Sache. Unübertroffen aber ist die Dreistigkeit, dieser Auffassung unbefugterweise durch das Zitieren ungenannter "Politiker aller Parteien" und der "sozialdemokratischen Seite" den Mantel der Überparteilichkeit umhängen zu wollen, obwohl die bei dem Empfang zugegen gewesenen Sozialdemokraten wie auch die Vertreter der FDP genau das Gegenteil gesagt haben.

Gebietsreform in der Tschechoslowakei

(rh) - Kaum beachtet von der westdeutschen Publizistik ist soeben in der Tschechoslowakei eine Gebietsreform in Durchführung begriffen, die eine vollständige Änderung der Struktur der Verwaltung der bisherigen Länder Böhmen, Mähren, Schlesien und Slowakei mit sich bringt.

Das seit Jahren vorhandene Bestreben, größere Verwaltungseinheiten zu schaffen, hat sich bei der Gebietsreform (bereits der zweiten unter kommunistischer Herrschaft) voll durchgesetzt. Das interessanteste Ergebnis der Gebietsreform ist die Tatsache, daß die jahrhundertealte historische Grenze zwischen den Ländern Böhmen und Mähren von der Landkarte der CSR verschwindet. Die Länderverwaltungen waren bereits bei der ersten Gebietsreform (1949) sistiert worden, doch wurden damals die neuen Kreise so gebildet, daß sie die alte Ländergrenze respektierten. Jetzt reicht der Kreis Ostböhmen mit dem Bezirk Zwittau weit nach Nordmähren hinein, und der Kreis Südmähren hat die böhmischen Gebiete von Iglau und Stadt Saar (auf der böhmisch-mährischen Höhe) absorbiert.

In den ehemals deutschen Grenzgebieten verlieren die bisherigen Kreisstädte Karlsbad und Reichenberg ihren Rang und werden Bezirksstädte. Der Sitz des Kreises Westböhmen mit den Grenzbezirken Eger, Falkenau, Karlsbad, Tachau, Taus und Klattau ist in Pilsen. Nordböhmen mit den ehemals deutschen Bezirken Komotau, Brüx, Teplitz, Aussig, Leitmeritz, Tetschen, Böhmisches-Leipa, Reichenberg und Sebnitz hat seinen Kreissitz in Aussig, das immer mehr an Bedeutung gewinnt und Reichenberg zu überflügeln beginnt; zum Kreis Nordböhmen gehört dann noch der Bezirk Laun, der Teile des Sazawer Gebietes umfaßt. Die ehemals deutschen Böhmerwaldbezirke Prachatitz und Krumau sowie der südböhmische Grenzbezirk Neuhaus sind Teile des Kreises Südböhmen mit dem Sitz in Budweis. Zum Kreis Ostböhmen (Sitz Königgrätz) gehören die Grenzbezirke Somil, Trautenau, Nachod, Reichenau und Wildenschwert (beide mit Teilen des Adlergebirges).

Mähren wird halbiert. Der Kreis Nordmähren (Sitz Olmütz) schließt nicht nur die stark vergrößerten Grenzbezirke Mährisch-Schönberg, Freudenthal, Troppau, Karwin und Friedek-Mistek (mit dem Teschener Land) ein, sondern auch die hanakischen Bezirke Olmütz und Přerou sowie den von mährischen Slowaken bewohnten Bezirk Vsetín. Die beiden übrigen hanakischen Bezirke Prosenitz und Kromau sowie die mährisch-slowakischen Bezirke Gottwaldov (Zlín), Ungarisch-Hradisch und Öding gehören zum Kreis Südmähren mit dem Sitz in Brünn; dazu kommen auch die südmährischen ehemals deutschen Grenzbezirke Znojmo und Lundenburg.

Die vorläufig gebietsmäßig erhaltene Slowakei wird in die drei Kreise Westslowakei (Pressburg), Mittelslowakei (Banska Bystrica) und Ostslowakei (Kaschau) gegliedert. Die Hohe Tatra mit der Zips (Bezirk Poprad) und Unterzips (Zipser Neudorf) gehört zum Kreis Ostslowakei. (Der "Kreis" ist in der CSR größere Verwaltungseinheit als der "Bezirk").

Das COMECON und China

Dr. H. - Während der politischen Öffentlichkeit die zum Teil grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking nicht unbekannt sind, man sich aber davor hüten sollte, sie zu übertreiben und daraus falsche politische Schlüsse zu ziehen, herrscht im allgemeinen die Meinung vor, in wirtschaftlicher Hinsicht gebe es keine wesentlichen Differenzen, da Peking im Hinblick auf die durch den Ostblock erfolgende Industrialisierung Chinas keine eigenen Ambitionen entwickeln könne. Diese Auffassung scheint durch die Tatsache erhärtet zu werden, daß China - ebenso wie die anderen kommunistischen Länder in Fernost - nicht Mitglied des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ist, jener Institution also, die als wirtschaftlicher Gehirntrust des Ostwirtschaftsblocks angesprochen werden kann, und dessen Aufgabe es ist, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der sogenannte "sozialistische Weltmarkt" seine Außenhandelsoffensive mit den "kapitalistischen Ländern" aufnehmen kann.

Widersprüche

In der Tat muß es als ein gewisser Widerspruch erscheinen, daß Moskau die Beobachterrolle, die es China, der Mongolei, Nordkorea und Nordvietnam im COMECON nur zugebilligt hat, damit zu begründen sucht, der soziale Unterschied zwischen den COMECON-Ländern und den fernöstlichen kommunistischen Staaten mache vorerst ein reibungsloses Funktionieren eines so eng verästelten Wirtschaftsblocks nicht möglich, so daß es zur vordringlichen Aufgabe des COMECON gehöre, erst einmal die Voraussetzungen für eine stärkere Angleichung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges zwischen den Ratsländern und den "sozialistischen Staaten" in Fernost zu schaffen. Diese Begründung ist jedoch nicht stichhaltig, weil sich die Wirtschafts- und Außenhandelsbeziehungen zwischen allen kommunistischen Staaten nach ein und demselben Schema abwickeln und die jeweilige Bilateralität auf den tatsächlich vorhandenen Verhältnissen aufbaut. Im übrigen war die Rückständigkeit Albaniens - besonders kraß im Verhältnis zur DDR, CSR und Ungarn - kein Hinderungsgrund für eine gleichberechtigte Mitgliedschaft, so daß aus alledem der Schluß berechtigt erscheint, im Interesse der nach dem Westen gerichteten Optik habe Moskau ein wenig retuschieren müssen, damit keine Risse im Bild vor der Einheit des "Friedenslagers" sichtbar würden.

Maßgebliche chinesische Wirtschaftsexperten, denen man die Frage nach der Mitgliedschaft im COMECON und nach den Beziehungen zur UdSSR stellt, lassen es meist an direkter Antworten fehlen. Aber ihr ohnedies vielschichtiges Lächeln verbirgt nicht den Stolz, daß es für China nicht diskutabel sei, zu einer Art Wirtschaftsprovinz Rußlands oder zu einem Teil des Ostwirtschaftsblocks zu werden, weil der "Sprung nach vorn" auch gegenüber den COMECON-Ländern weit rascher erfolgen werde und es auch für China ein "Überhol-Problem" gegenüber Moskau und den volksdemokratischen Ländern gebe.

Pekinger Ambitionen

Es ist also nicht Moskau, das innerhalb des COMECON aus Zweckmäßigkeitsgründen die Bremse gegenüber der Mitgliedschaft der fern-

östlichen "sozialistischen Länder" angezogen hat, sondern entspricht den Pekinger Ambitionen, sich alle Hände freizuhalten, was auf längere Sicht auch im Hinblick auf Nordkorea und Nordvietnam und die von dort aus in Gang befindliche Wiedervereinigungsentwicklung mit der noch staatlich getrennten Teilen Bedeutung erlangen wird. Daß Moskau diese chinesische Großraumwirtschaft über seine bisherigen Grenzen hinaus nicht gerade mit besonderem Wohlwollen verfolgt, ist aus den Bemühungen um die Mongolei zu erkennen. Mit äußerster Intensität ist der Kzempl dabei, die ohnedies schon starken Abhängigkeiten in Ulan Bator weiter zu festigen und - den kritischen Blicken des chinesischen Mißtrauens Genüge tuend - die anderen Mitglieder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe hier stärker aktiv werden zu lassen.

Diese Behutsamkeit und Besorgnis im Umgang mit China, die offenbar stärker aus politischen Gründen veranlaßt wird, findet auch in der Durchführung des praktischen Handels seinen Niederschlag. Die im Zuge der Industrialisierung auf Grund der technisch-wissenschaftlichen Vereinbarungen zu entsandenden sowjetischen Berater, deren Zahl auf chinesischen Wunsch hin rückläufig ist, führen außerhalb des fachlichen Bereichs ein äußerst bescheidenes Eigenleben und sind gehalten, sich der chinesischen Mentalität anzupassen und sich nicht aufzudrängen. Chinesische Exportwünsche gegenüber den COMECON-Ländern werden selbst dann berücksichtigt, wenn dafür nicht unmittelbar eine handelspolitische und volkswirtschaftliche Notwendigkeit besteht.

Vorrangstufe Nr. 1

Chinaexporte des Russenblocks haben die Vorrangstufe Nummer 1 noch vor derjenigen der Russen und müssen daher vordringlichst eingehalten werden. Sie rangieren bis auf einige wenige im militärischen und staatspolitischen Interesse liegende Investprojekte auch vor den wichtigsten volkswirtschaftlichen Eigenprojekten. Manchmal ist daher ein Unwille in den einzelnen Ländern darüber festzustellen, ohne daß das COMECON darüber andere Empfehlungen oder auch Beschlüsse fassen würde. Gewisse Besorgnisse innerhalb der COMECON-Länder sind auch durch Pekings Exportvorstöße nach Indonesien und die südostasiatischen Länder hervorgerufen worden, weil China bei der Preisgestaltung von Waren der eigenen Leichtindustrie die anderen "sozialistischen Staaten" stark unterboten hat.

Kurzum: Der Markt der "900 Millionen" hat zwar nicht die gleichen Rivalitäten wie in Westeuropa aufzuweisen. Aber es sind auch dort Zwangslagen und Rücksichtnahmen vorhanden, die Zweifel an der nach außen herausgestellten "politischen Einheits-Optik" aufkommen lassen. Auch Rußland und die volksdemokratischen Länder sehen sich vor die Notwendigkeit gestellt, aus politischen Erwägungen zu chinesischen Extravaganzen gute Miene zum nicht ganz erfreulichen Spiel zu machen und dennoch die Industrialisierung Chinas weiterentwickeln zu müssen.

- + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel